

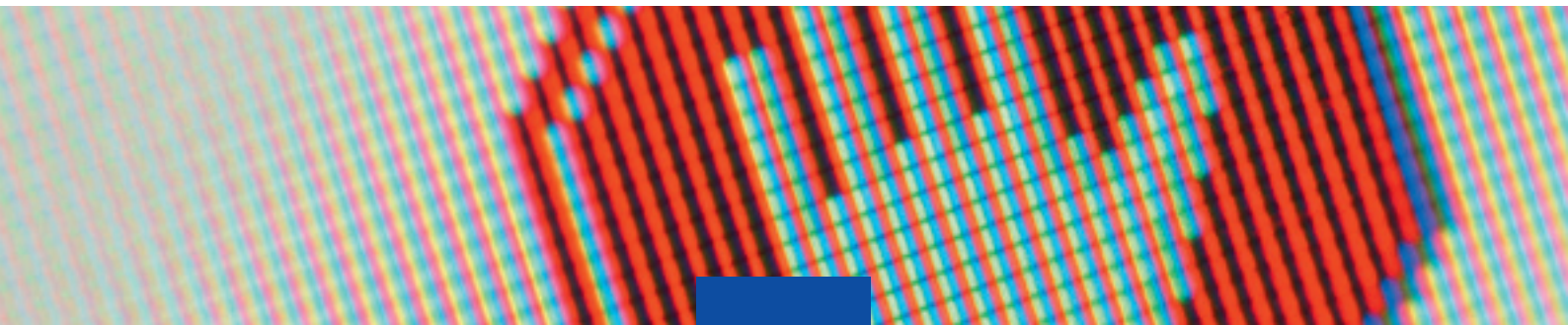
DIE
EUROPÄISCHE
UNION ERKLÄRT

Ein offenes
und sicheres
Europa
aufbauen



Grenzen und Sicherheit

Eines der grundlegenden Ziele der Europäischen Union (EU) ist es, einen Raum ohne Binnengrenzen zu schaffen, in dem sich die Menschen frei bewegen, ungehindert leben und arbeiten können – in der Gewissheit, dass ihre Rechte uneingeschränkt geachtet werden und ihre Sicherheit gewährleistet ist.



DIE EUROPÄISCHE UNION ERKLÄRT

Diese Veröffentlichung ist Teil einer Schriftenreihe, in deren Rahmen die Aktivitäten der EU in unterschiedlichen Politikfeldern, die Gründe und die Ergebnisse ihrer Tätigkeit erläutert werden. Sie können die Veröffentlichungen der Reihe hier herunterladen:

http://europa.eu/pol/index_de.htm
<http://europa.eu/!qf86pN>

So funktioniert die Europäische Union?
Europa in 12 Lektionen
Europa 2020: Europas Wachstumsstrategie
Die Gründerväter der EU

Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport
Außen- und Sicherheitspolitik
Banken und Finanzen
Beschäftigung und Soziales
Betrugsbekämpfung
Binnenmarkt
Digitale Agenda
Energie
Erweiterung
Forschung und Innovation
Gesundheitswesen
Grenzen und Sicherheit ✖
Handel
Haushalt
Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz
Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung
Justiz, Grundrechte und Gleichstellung
Klimaschutz
Kultur und audiovisuelle Medien
Landwirtschaft
Lebensmittelsicherheit
Meerespolitik und Fischerei
Migrations- und Asylpolitik
Regionalpolitik
Steuern
Umwelt
Unternehmen
Verbraucher
Verkehr
Wettbewerb
Wirtschafts- und Währungsunion und der Euro
Zoll

INHALT

Wozu benötigen wir gemeinsame Grenzschutzregelungen?

Die EU – ein Raum der Freizügigkeit ... 3

Die Arbeit der EU

Gemeinsame EU-Regeln für
Grenzübergänge 4

Zusammenarbeit – Voraussetzung für ein sicheres Europa

Die EU – ein sicherer Raum 7

Die Arbeit der EU

Gemeinsame EU-Vorschriften
gewährleisten Sicherheit für alle 8

Ausblick 12

Mehr zum Thema 12

Die Europäische Union erklärt: Grenzen und Sicherheit

Europäische Kommission
Generaldirektion Kommunikation
Bürgerinformation
1049 Brüssel
BELGIEN

Letzte Aktualisierung: November 2014

Deckblatt und Bild auf Seite 2: © Jupiterimages

12 S. – 21 × 29,7 cm
ISBN 978-92-79-41680-4
doi:10.2775/2512

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2014

© Europäische Union, 2014
Nachdruck gestattet. Für die Verwendung oder Reproduktion einzelner Fotos muss die Genehmigung direkt beim Urheberrechtsinhaber eingeholt werden.

Wozu benötigen wir gemeinsame Grenzschutzregelungen?

Die EU – ein Raum der Freizügigkeit

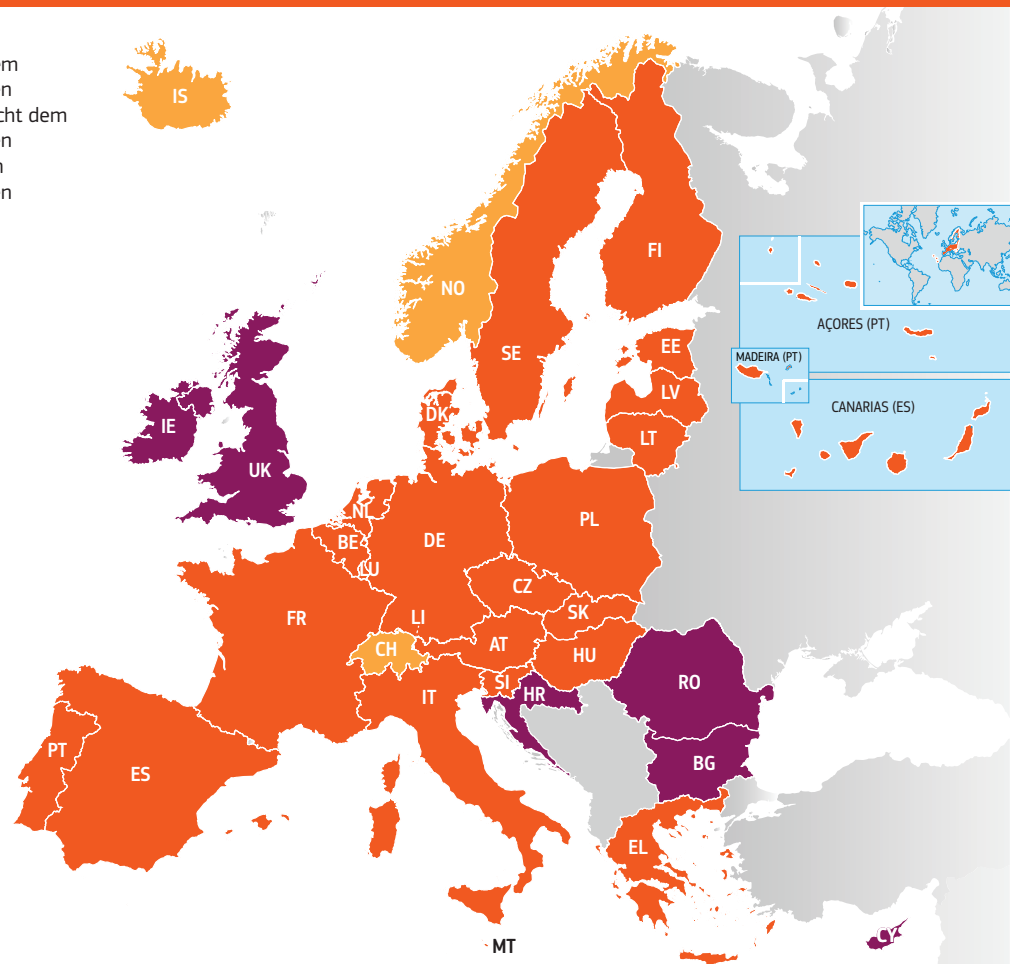
Der **Schengen-Raum**, ein Raum der Freizügigkeit ohne Binnengrenzen, der heute den größten Teil Europas umfasst, ist eine der größten Errungenschaften der EU. Die Menschen können darin ohne Passkontrolle von einem Land in ein anderes reisen. Der Schengen-Raum entstand 1985, als fünf Mitgliedstaaten der heutigen EU das **Schengener Übereinkommen** unterzeichneten und damit den Grundstein für eine Zusammenarbeit zur Abschaffung von Kontrollen an ihren Binnengrenzen legten. In den darauffolgenden Jahren schlossen sich die meisten der heutigen EU-Mitgliedstaaten wie auch einige Nicht-EU-Länder dieser Zusammenarbeit an. Die der Schengen-Zusammenarbeit angeschlossenen Länder führen an ihren gemeinsamen Grenzen keine Kontrollen mehr durch.

Die Abschaffung der Binnengrenzen bedeutet, dass die Schengen-Länder zusammenarbeiten müssen, um ein hohes Sicherheitsniveau im Schengen-Raum zu gewährleisten. Dies bedeutet aber auch, dass sie alle für den Schutz ihrer gemeinsamen Außengrenzen verantwortlich sind und mit ihren Nachbarn außerhalb der EU, die nicht dem Schengen-Raum angehören, gut zusammenarbeiten sollten. Für die Schengen-Zusammenarbeit gelten gemeinsame Kriterien für die Kontrolle der Außengrenzen, gemeinsame Regeln für den Beitritt zum Schengen-Raum sowie eine verstärkte polizeiliche Zusammenarbeit zwischen den teilnehmenden Ländern.

SCHENGEN-RAUM (STAND: 1.7.2013)

- EU-Mitgliedstaaten, die dem Schengen-Raum angehören
- EU-Mitgliedstaaten, die nicht dem Schengen-Raum angehören
- Nicht-EU-Staaten, die dem Schengen-Raum angehören

AT: Österreich
 BE: Belgien
 BG: Bulgarien
 CH: Schweiz
 CY: Zypern
 CZ: Tschechische Republik
 DE: Deutschland
 DK: Dänemark
 EE: Estland
 EL: Griechenland
 ES: Spanien
 FI: Finnland
 FR: Frankreich
 HU: Ungarn
 IE: Irland
 IS: Island
 IT: Italien
 LI: Liechtenstein
 LT: Litauen
 LU: Luxemburg
 LV: Lettland
 MT: Malta
 NL: Niederlande
 NO: Norwegen
 PL: Polen
 PT: Portugal
 RO: Rumänien
 SE: Schweden
 SI: Slowenien
 SK: Slowakei
 UK: Vereinigtes Königreich



Die Arbeit der EU

Gemeinsame EU-Regeln für Grenzübergänge

Die Schengen-Länder richten sich nach gemeinsamen Regeln für Personenkontrollen an den Außengrenzen und das Ausstellen von Visa für Kurzaufenthalte im Schengen-Raum. Diese Regeln ermöglichen es der EU, ihre Außengrenzen wirksam zu kontrollieren, Sicherheitsbedrohungen vorzubeugen, gegen Menschenhandel vorzugehen und Immigrationsströme besser in den Griff zu bekommen (mehr Informationen zu diesem Thema finden sich in der Broschüre **Migration und Asyl**). Da auch für den Beitritt zum Schengen-Raum gemeinsame Regeln gelten, sind die Bedingungen transparenter, die Staatsbürger eines Nicht-EU-Landes für eine Einreise in die EU erfüllen müssen.



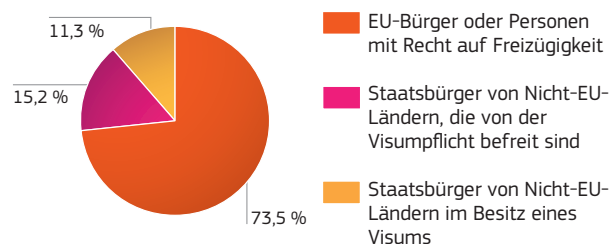
Slowakische Grenzschutzbeamte bei der Kontrolle von Dokumenten an der slowakisch-ukrainischen Grenze

Der Schengener Grenzkodex regelt das **Überschreiten von Grenzen** und Personenkontrollen. Insbesondere sind dort die Anforderungen aufgeführt, die Staatsbürger eines Nicht-EU-Landes für einen Aufenthalt von bis zu drei Monaten je Halbjahr erfüllen müssen. Unter anderem müssen sie im Besitz eines gültigen Reisedokuments und (erforderlichenfalls) eines Visums sein und für die Dauer des beabsichtigten Aufenthalts die Mittel zum Leben im Bestimmungsland haben. Nach dem Schengen-Grenzkodex dürfen Schengen-Länder in Ausnahmefällen wieder Kontrollen an ihren Binnengrenzen einführen, jedoch nur, wenn ernsthafte Gefahr für ihre öffentliche Ordnung oder interne Sicherheit besteht, und nur für einen begrenzten Zeitraum.

GRENZÜBERTRITTE – EU-AUSSENGRENZEN

12,6 Mio. Grenzübertritte pro Woche (2009)

(Schätzung auf der Grundlage nationaler Erhebungen)



Quelle: Europäische Kommission.

Gemeinsame Regeln für Kurzaufenthalte

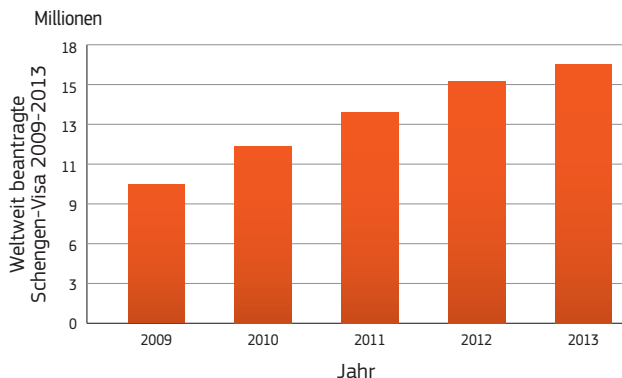
Ein weiteres Element der Schengen-Zusammenarbeit ist die **gemeinsame Visumpolitik**, die nicht nur die rechtmäßige Einreise in die EU erleichtert, sondern auch zur Stärkung der inneren Sicherheit der EU beiträgt. Mit dem Visakodex wurden die Bedingungen und Verfahren der Schengen-Länder für das Ausstellen von Kurzaufenthaltsvisa (sogenannte Schengen-Visa) vereinheitlicht. Er legt beispielsweise fest, wie Visaanträge zu stellen sind und wie das Land bestimmt wird, das für die Prüfung eines Antrags zuständig ist. Das Schengen-Visum ist für die Dauer von höchstens drei Monaten je Halbjahreszeitraum gültig, wobei der Visuminhaber innerhalb des gesamten Schengen-Raums uneingeschränkt reisen darf.

Nicht alle Staatsbürger eines Nicht-EU-Landes benötigen ein Visum für die Einreise in den Schengen-Raum. Die EU führt gemeinsame Listen der Länder, deren Staatsangehörige ein Visum benötigen, wie auch der Länder, für deren Staatsangehörige keine Visumpflicht besteht.

Gemeinsames Schengen-Etikett



SCHENGEN-VISA



Quelle: Europäische Kommission.

Unter anderem gelten Ausnahmen für Länder, mit denen die EU Abkommen über Visabefreiung geschlossen hat oder für Personen, die aufgrund bilateraler Abkommen wie dem Abkommen über den kleinen Grenzverkehr Sonderrechte genießen.

Für Aufenthalte von mehr als drei Monaten stellen die EU-Mitgliedstaaten weiterhin Visa für den längerfristigen Aufenthalt und Aufenthaltsgenehmigungen auf der Grundlage ihrer nationalen Vorschriften aus.

Die EU-Reglung zum kleinen Grenzverkehr ermöglicht es den Mitgliedstaaten, zur Erleichterung des Grenzübertritts an EU-Außengrenzen bilaterale Abkommen mit ihren Nicht-EU-Nachbarstaaten zu schließen. Nach diesen Abkommen besteht für Staatsbürger eines Nicht-EU-Landes, die in Grenzgebieten leben und die EU-Außengrenzen regelmäßig und häufig überschreiten müssen, nicht die Pflicht, sich regelmäßigen Grenzkontrollen zu unterziehen oder ein Schengen-Visum mitzuführen. Diese Form der Zusammenarbeit erleichtert nicht nur den Handel, sondern fördert auch den kulturellen Austausch mit Nachbarregionen.

Informationsaustausch für eine bessere Verwaltung der Außengrenzen

Um die gemeinsamen Außengrenzen besser verwalten zu können, nutzen die Mitgliedstaaten ein gemeinsames Informationssystem, über das Informationen zwischen den nationalen Behörden innerhalb des Schengen-Raums leicht ausgetauscht werden können.

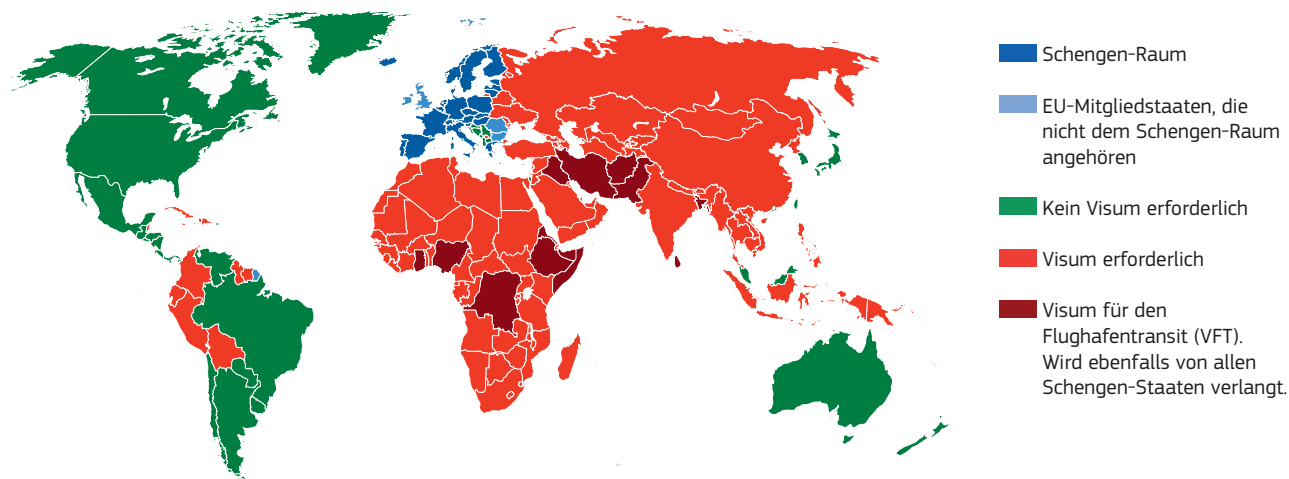
Über das unlängst eingerichtete **Schengener Informationssystem** der zweiten Generation (SIS II) können die zuständigen Behörden wirksamer auf Personen- und Sachfahndungsdaten, beispielsweise über vermisste Personen, gestohlene oder abhanden gekommene Autos, Schusswaffen und Ausweispapiere, zugreifen und Informationen darüber austauschen. Es bietet neue Funktionen, z. B. die Verwendung biometrischer Identifikatoren (z. B. Fingerabdrücke) und neue Arten von Warnungen sowie die Möglichkeit zur Verknüpfung verschiedener Arten von Warnungen (z. B. einer Warnung zu einer Person und einer Warnung zu einem Fahrzeug).

Anhand des **Visa-Informationssystems** (VIS) können die nationalen Behörden Informationen und Entscheidungen über Anträge auf Schengen-Visa einsehen.



Gemeinsame Informationssysteme nutzen Fingerabdrücke zu Identifizierungszwecken.

SCHENGEN-RAUM – VISAVORSCHRIFTEN





Seeüberwachungszentrale in Toulon (Frankreich), teilweise finanziert mit Mitteln aus dem Außengrenzenfonds

Außerdem können die Behörden biometrische Daten abgleichen (hauptsächlich Fingerabdrücke) und auf diese Weise die Identität von Visainhabern prüfen und Personen identifizieren, die sich im Schengen-Raum ohne Ausweispapiere oder mit gefälschten Dokumenten aufhalten. Das System erleichtert nicht nur das Ausstellen von Visa, sondern auch die Bekämpfung von Missbrauch und erhöht gleichzeitig den Schutz der Reisenden. Beispielsweise kann das System dabei helfen, betrügerisches Handeln zu entdecken.

Biometrische Identifikatoren und insbesondere Fingerabdrücke werden für die Identifizierung immer wichtiger. Die von den verschiedenen IT-Systemen für die Erfassung biometrischer Daten verwendeten Technologien können sich jedoch erheblich unterscheiden. Daher führt die EU Forschungsarbeiten zur Entwicklung eines neuen Verfahrens zur biometrischen Suche und zum Abgleich biometrischer Daten durch, das leicht anzuwenden ist, effizient Ergebnisse liefert und kostengünstig zu betreiben und zu warten ist, ohne dabei die Privatsphäre oder den Datenschutz zu untergraben.

Das Europäische Grenzüberwachungssystem (Eurosir) ist ein Mechanismus für den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit zwischen den EU-Ländern und mit Frontex. Es verbessert die Fähigkeit der EU-Länder zur gemeinsamen Nutzung und Koordinierung ihrer Ressourcen sowie zur Reaktion auf Zwischenfälle an den Außengrenzen. Das System ermöglicht den EU-Ländern auch, die grenzüberschreitende Kriminalität besser zu bekämpfen, unbefugte Grenzübertritte



Die **Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union** (Frontex) erleichtert den EU-Mitgliedstaaten die operative Zusammenarbeit bei der Verwaltung ihrer gemeinsamen Außengrenzen. Sie koordiniert verschiedene Maßnahmen wie gemeinsame Einsätze an den See- und Landgrenzen der EU-Länder und entsendet Soforteinsatzteams für Grenzschutzszwecke, die sich aus nationalen Grenzschutzbeamten zusammensetzen. Ferner unterhält Frontex Kontakte mit den Grenzschutzbehörden von Nicht-EU-Staaten zwecks Informationsaustausch und Abwehr gemeinsamer Bedrohungen.

zu verhindern und dafür zu sorgen, dass weniger Migranten auf See zu Tode kommen.

Der Schengen-Evaluierungsmechanismus

Die Anwendung der Regelungen zu Grenzkontrolle, Visumpolitik und anderen Bereichen mit Schengen-Bezug, wie z. B. polizeiliche Zusammenarbeit und Datenschutz, wird einer gemeinsamen Bewertung durch die Europäische Kommission und die EU-Mitgliedstaaten unterzogen. Ursprünglich wurde der Schengen-Evaluierungsmechanismus von Sachverständigen aus den EU-Ländern gegenseitig begutachtet, wobei der Europäischen Kommission eine Beobachterrolle zukam. Jetzt koordiniert die Europäische Kommission diese Bewertungen, die auf der Grundlage von mehrjährigen und jährlichen, mit den Mitgliedstaaten vereinbarten Programmen durchgeführt werden. Die Bewertungen stützen sich auf Besuche vor Ort oder auf einen detaillierten Fragebogen. Das betreffende EU-Land erhält Empfehlungen zur Behebung der bei der Bewertung festgestellten Mängel.

EU-Mittel zur Unterstützung des Grenzschutzes an den Außengrenzen

Alle Mitgliedstaaten der EU, die gemeinsame Außengrenzen haben, müssen sich zur Gewährleistung der Sicherheit innerhalb der Europäischen Union für den Schutz dieser Grenzen einsetzen. Allerdings kann der Grenzschutz für einige von ihnen sehr kostspielig sein, vor allem dann, wenn sie Außengrenzen am Rand der EU haben und daher einem besonders starken Migrationsdruck an ihren Grenzen ausgesetzt sind. Der **Außengrenzenfonds** 2007-2013 und der **Fonds für die innere Sicherheit 2014-2020** (ISF) unterstützen jene Staaten, für die die Kontrolle der gemeinsamen Außengrenzen eine große finanzielle Belastung darstellt. Für den Zeitraum 2007 bis 2013 werden aus dem Außengrenzenfonds 1 856 Mio. € für nationale und EU-Maßnahmen zur Kontrolle der Grenzen, Überwachung und



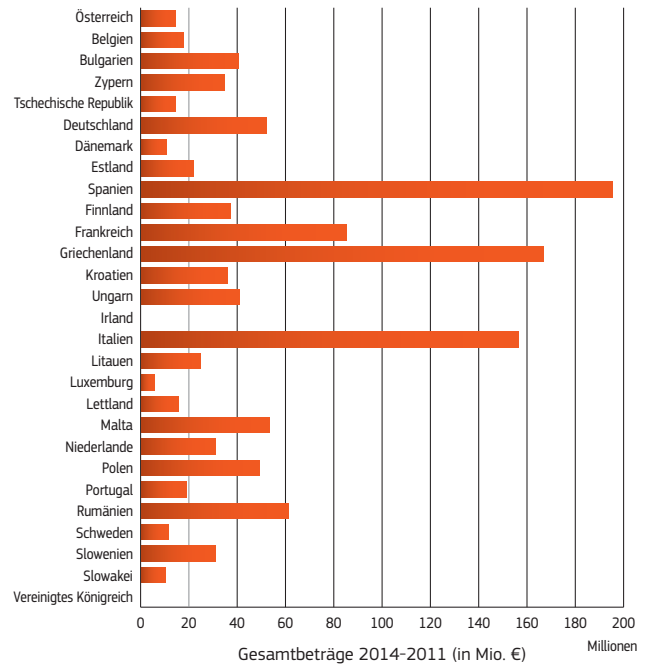
Die **Europäische Agentur für das Betriebsmanagement großer IT-Systeme** (eu-LISA) ist zuständig für das Betriebsmanagement von VIS und SIS II sowie von Eurodac, einem IT-System für den Vergleich der Fingerabdrücke von Asylbewerbern (mehr Informationen hierzu finden sich in der Broschüre *Migration and Asyl*). Möglicherweise wird die Agentur in Zukunft auch eingeladen, andere IT-Systeme aus dem innenpolitischen Bereich wie das **Einreise-/Ausreise-System** und das **Programm für registrierte Reisende** zu verwalten und zu betreiben.

Bewältigung der Personenströme an den Außengrenzen, Verbesserung der Aktivitäten der Konsularbehörden sowie für die gemeinsame Visumpolitik bereitgestellt. Damit sollen legale Reisen erleichtert und illegale Grenzüberschreitungen und Visa-fälschungen erschwert werden. Diese Maßnahmen führten zu einer erheblichen Verbesserung der Grenzkontrollen der EU-Mitgliedstaaten, insbesondere dank beschleunigter Kontrollen von Reisenden und Modernisierung der Grenzüberwachungssysteme.

Für den neuen Finanzrahmen 2014-2020 wird der Fonds für die innere Sicherheit (Außengrenzen und Visa) 2 764 Mio. € für die Finanzierung von Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Schutz der Außengrenzen bereitstellen, mit der Möglichkeit zur Finanzierung der Betriebskosten der zuvor erworbenen Systeme und Ausrüstung. Außerdem werden Mittel für den Erwerb von Ausrüstung durch die Mitgliedstaaten für gemeinsame Frontex-Einsätze, die konsularische Zusammenarbeit und das Paket „Intelligente Grenzen“ (Ein-/Ausreiseprogramm und Registrierungsprogramm für Reisende) bereitgestellt.

Eine weitere Finanzierungsquelle für die Unterstützung beim Schutz der Außengrenzen, wenn auch längerfristig ausgelegt, ist das EU-Programm für Sicherheitsforschung. Hinsichtlich des Grenzschutzes befasst sich das Programm mit Themen wie Meeresüberwachung, Grenzkontrollen, Entwicklung neuartiger Personalausweise und Aufspürung von Schmuggelware. Ein gutes Beispiel ist das Projekt Closeye mit dem Ziel, in der EU operationelle und technische Rahmenbedingungen zu schaffen,

FONDS FÜR DIE INNERE SICHERHEIT – GRENZEN



Anmerkung: Irland und das Vereinigte Königreich beteiligen sich nicht an diesem Programm.
Quelle: Europäische Kommission.

die dazu beitragen, das Lagebewusstsein und die Reaktionsfähigkeit der Behörden, die die Außengrenzen der EU überwachen, zu schärfen bzw. zu erhöhen.

Zusammenarbeit – Voraussetzung für ein sicheres Europa

Die EU – ein sicherer Raum

In Europa leben die Menschen verhältnismäßig sicher. Dafür sorgen die nationalen Strafverfolgungsbehörden – etwa die Polizei- und Zollbeamten – wie auch die einschlägigen Justizbehörden. Dennoch können Bürger, Unternehmen und sogar die Regierungen in Europa Opfer der internationalen organisierten Kriminalität, von Terrorismus, Cyberkriminalität,

Krisen und Katastrophen werden. Diese Bedrohungen sind nicht nur vielfältig und miteinander verknüpft, sondern werden auch immer komplexer, wobei ihre Größenordnung zunimmt. Daher intensiviert die EU die Zusammenarbeit und die Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten mit dem Ziel, einen umfassenden, über Grenzen und übliche Zuständigkeiten hinausgehenden Ansatz zur Abwehr etwaiger Sicherheitsbedrohungen zu entwickeln. Dazu gehört eine bessere grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den Strafverfolgungsbehörden der EU-Mitgliedstaaten – insbesondere durch Informationsaustausch.



Die EU erleichtert die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit.

Die Arbeit der EU

Gemeinsame EU-Vorschriften gewährleisten Sicherheit für alle

Die **EU-Strategie der inneren Sicherheit** bildet die Grundlage der Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten in Sicherheitsfragen. Sie umfasst Maßnahmen zur Abwehr der dringlichsten Bedrohungen der Sicherheit der EU. Mit diesen Maßnahmen werden fünf strategische Ziele verfolgt: Zerschlagung krimineller und terroristischer Netze, Bekämpfung der Radikalisierung und der Rekrutierung von Terroristen, Schutz der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft und der Gesellschaft gegen Cyberkriminalität, Stärkung des Schutzes der gemeinsamen Außengrenzen sowie Verbesserung der Reaktion auf und der Widerstandsfähigkeit gegen Krisen.

Kampf gegen das organisierte Verbrechen

Kriminelle Netze operieren international und sind häufig auch an verschiedenen Arten von Straftaten wie Menschen-, Drogen- oder Waffenhandel, Geldwäsche oder Fälschung beteiligt. Diese Netze können beispielsweise Gewinne aus einer bestimmten Art strafbarer Handlungen für die Finanzierung ihrer anderen Tätigkeiten verwenden. Für die Ermittlung und strafrechtliche Verfolgung dieser Kriminellen sind weiterhin die Mitgliedstaaten zuständig. Die Rolle der EU besteht darin, ihren Mitgliedstaaten im Kampf gegen die organisierte Kriminalität durch Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Bereich der Strafverfolgung mit Unterstützung von EU-Agenturen wie des Europäischen Polizeiamts (Europol), der Europäischen Stelle für justizielle Zusammenarbeit (Eurojust) und der Europäischen Polizeiakademie (EPA) zu helfen. Dazu beitragen soll auch die Angleichung ihrer strafrechtlichen Verfahren, eine interdisziplinäre erkenntnisgestützte Polizeiarbeit und die Stärkung des Informationsaustauschs sowie der Aus- und Weiterbildung. Das neue Ausbildungskonzept, das im Europäischen Fortbildungsprogramm für den Bereich Strafverfolgung zum Ausdruck kommt, soll Strafverfolgungsbeamten gleich welchen Dienstgrads (Polizeibeamten wie Grenzschutz- und Zollbeamten sowie gegebenenfalls anderen Amtsträgern wie Staatsanwälten) das nötige Wissen und die nötigen Fähigkeiten vermitteln, damit sie Straftaten über Landesgrenzen hinaus wirksamer verhüten und bekämpfen können. Straftäter müssen vor Gericht gebracht werden, unabhängig von dem Land, in dem sie ansässig sind oder in dem sie Straftaten begehen.

Menschenhandel ist eine moderne Form von Sklaverei. Allein in der EU werden jedes Jahr mehrere hunderttausend Menschen zu einer Vielzahl von Zwecken wie sexuelle Ausbeutung, Zwangsarbeit, Zwangsbetteln, Leibeigenschaft oder Entnahme von Organen Opfer von Menschenhandel. Die EU hat das Strafrecht der Mitgliedstaaten zur Bekämpfung von Menschenhandel harmonisiert und gleichzeitig für solide Vorschriften zum Schutz der Opfer gesorgt. Die EU-Mitgliedstaaten sind verpflichtet, für besonders gefährdete

Opfer eine Sonderbehandlung vorzusehen, und können den Grundsatz der Straffreiheit auf Opfer anwenden, die von Menschenhändlern zu kriminellen Aktivitäten gezwungen wurden. Die EU verfügt über ein umfassendes und multidisziplinäres Konzept zur Bekämpfung des Menschenhandels. Dieses geschlechtsspezifische, auf die Opfer und speziell Kinder ausgerichtete Konzept stützt sich auf die Menschenrechte und sieht nationale Berichterhalter sowie gleichwertige Mechanismen und die Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die einschlägigen Verfahren vor. Der Europäische Koordinator sorgt für die allgemeine strategische Ausrichtung sowie für Koordinierung und Abstimmung zwischen den Organen, Agenturen, EU-Mitgliedstaaten, anderen Staaten und internationalen Organisationen bei der Bekämpfung des Menschenhandels.

Die **einschlägigen EU-Internetseiten** sind eine umfassende Informationsquelle für Angehörige der Rechtsberufe, der Zivilgesellschaft, Wissenschaftler und andere Akteure bei der Bewältigung der Probleme im Zusammenhang mit Menschenhandel.

Die EU setzt sich ferner für die Bekämpfung der **sexuellen Ausbeutung und des Missbrauchs von Kindern** durch Vereinheitlichung der Maßnahmen der Mitgliedstaaten zur Verfolgung von Straftätern und zum Schutz der Opfer ein. Konkret geht sie gegen neue Phänomene wie Internet-Grooming vor, bei dem sich Kinderschänder als Kinder ausgeben, um so ihre künftigen Opfer anzulocken.

Mit der zunehmenden Nutzung des Internets in unserem Alltag, etwa für Bankgeschäfte von zuhause aus und Online-Einkäufe, wächst auch die Gefahr der **Cyberkriminalität**. Es handelt sich um eine mit geringem Risiko verbundene, jedoch einträgliche Tätigkeit, die keine Grenzen kennt und Ermitteln in großem Maßstab und über große Entfernungen hinweg möglich ist. Privatpersonen, Unternehmen, Behörden, ja ganze Gesellschaften können Online-Betrug und -Angriffen wie Identitätsdiebstahl, Phishing (betrügerisches Entlocken sensibler Daten), Spam, Viren und Hacking zum Opfer fallen. Informationssysteme und -Infrastrukturen sind besonders anfällig für Angriffe durch Botnetze, also durch Gruppen von virusinfizierten Rechnern, die ohne Wissen ihrer Besitzer von einem anderen Rechner



Das Internet erleichtert das Leben, bringt aber auch neue Bedrohungen für Bürger, Unternehmen und Behörden mit sich.

kontrolliert werden. Die EU unterstützt die operative Zusammenarbeit der nationalen Behörden bei der Bekämpfung von Cyberkriminalität durch Sensibilisierungs-, Ausbildungs- und Forschungsmaßnahmen.

Außerdem koordiniert sie die Maßnahmen der EU-Länder zum Schutz von Online-Diensten für Bürger und Maßnahmen zur Bekämpfung von Betrug und Fälschung bargeldloser Zahlungsmittel. Darüber hinaus hat die EU die Maßnahmen ihrer Mitgliedstaaten zur Sicherung der Informationssysteme gegen Cyberangriffe harmonisiert. Als Teil des Europäischen Polizeiamts (Europol) trägt auch das Europäische Zentrum zur Bekämpfung der Cyberkriminalität (EC3) zum Schutz der europäischen Bürger und Unternehmen gegen Bedrohungen durch Cyberkriminalität bei, indem es Fachwissen und Informationen bündelt, strafrechtliche Ermittlungen unterstützt und EU-weite Lösungen fördert sowie die Bevölkerung der EU für die Cyberkriminalität sensibilisiert.

Illegale Drogen bedrohen die Gesundheit und Sicherheit der Menschen und Gesellschaften in den EU-Ländern. Jedes Jahr sterben etwa 6 100 Europäer an einer Überdosis und weitere 1 700 an HIV/Aids, das auf Drogenkonsum zurückzuführen ist. Hunderttausende leiden durch Drogenkonsum an schweren Gesundheitsproblemen. Der Drogenkonsum ist nach wie vor hoch – jeder vierte Erwachsene in der EU (80 Millionen Menschen) hat Erfahrung mit illegalen Drogen. Der Drogenhandel ist bei weitem der weltweit größte kriminelle Markt und eine äußerst rentable Einnahmequelle für kriminelle Gruppen. Das Drogenproblem in Europa entwickelt sich unaufhörlich – die Methoden und Routen des Drogenhandels ändern sich rasch, und neue Drogen verbreiten sich in einem noch nie dagewesenen Tempo. In der EU wurden über 360 neue Drogen entdeckt – mehr als illegale Drogen (234). Neue Drogen werden oft als legale Alternativen zu illegalen Drogen vermarktet („Legal Highs“), obwohl die meisten von ihnen nie an Menschen erprobt wurden und genauso schädlich wie illegale Drogen sein können. Der EU kommt bei der Bekämpfung des Drogenproblems – gemeinsam mit den Regierungen ihrer Mitgliedstaaten – eine wichtige Rolle zu. Die EU-Rechtsvorschriften erleichtern die Aufdeckung, die Risikoanalyse und das Verbot schädlicher neuer Drogen und die Bekämpfung des Drogenhandels. Von der EU finanzierte Projekte ermöglichen die Entwicklung innovativer Vorbeugungs- oder Behandlungsmethoden zur Verringerung des Drogenkonsums und fördern die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zur Beeinträchtigung des Drogenhandels. Die **Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht** (EBDD) liefert der EU und ihren Mitgliedstaaten Informationen über Drogen und Drogensucht in Europa, um



Die organisierte Kriminalität ist ein äußerst einträgliches Geschäft. Straftätern sollen ihre finanziellen Gewinne entzogen werden.



Gefälschte Arzneimittel können ernsthafte Gesundheits- und Sicherheitsrisiken mit sich bringen.

wirksame Maßnahmen zur Eindämmung des Drogenproblems zu fördern.

Um kriminelle Netze an ihrem empfindlichsten Punkt zu treffen, setzt die EU den Hebel bei deren finanziellen Einnahmen an. Sie unterstützt die Mitgliedstaaten bei der Verbesserung ihrer Maßnahmen gegen **Geldwäsche**, **Korruption** und **Fälschung** sowie bei der wirksamen **Beschlagnahme von Vermögen aus Straftaten**.

Unter Geldwäsche versteht man das „Säubern“ von Erlösen aus Straftaten, um deren illegale Herkunft zu verschleiern. Die EU geht dieses Problem durch Regulierung der Finanzinstitute an, z. B. indem sie diese verpflichtet, verdächtige oder ungewöhnliche Transaktionen zu melden. Gleichzeitig hat die EU die strafrechtlichen Sanktionen der Mitgliedstaaten im Fall einer Geldwäsche vereinheitlicht.

Korruption hängt eng mit organisierter Kriminalität zusammen und erleichtert häufig Schwarzmarktaktivitäten wie illegalen Zigaretten-, Menschen- und Drogenhandel oder Prostitution, die in den meisten Fällen regionenübergreifende Bedrohungen bilden. 2014 veröffentlichte die EU ihren ersten **Korruptionsbekämpfungsbericht** mit einem übergreifenden Schwerpunkt auf dem öffentlichen Auftragswesen und einem Länderkapitel für jeden der 28 EU-Mitgliedstaaten. Der Bericht zeigt bewährte Verfahren und verbesserungswürdige Bereiche auf und schlägt konkrete Maßnahmen für eine bessere Korruptionsverhütung und -bekämpfung vor. Die EU ist ferner entschlossen, Korruptionsbekämpfungsmaßnahmen in ihren internen und externen Strategien durchgängig zu berücksichtigen, darunter auch im Rahmen des Europäischen Semesters (Zyklus der wirtschaftspolitischen Koordinierung), bei der Erweiterungs- und der Nachbarschaftspolitik.

Fälschung ist ein weltweites Problem, das gravierende wirtschaftliche und soziale Auswirkungen hat. So haben die Zollbehörden im Jahr 2009 an den Außengrenzen der EU in mehr als 43 500 Fällen verhindert, dass Waren, bei denen Verdacht auf Verstoß gegen die Rechte des geistigen Eigentums bestand, in den Binnenmarkt gelangen konnten. Insgesamt waren 118 Millionen Artikel betroffen. In diesem Zusammenhang ist zu bedenken, dass gefälschte Lebensmittel, Arzneimittel, Düngemittel, Körperpflegeprodukte und Gegenstände für Kinder ernste Gesundheits- und Sicherheitsrisiken darstellen können. Die Verbreitung nachgeahmter Waren ist angesichts des zunehmenden Angebots im Internet heute nicht nur leichter, sondern auch äußerst lukrativ bei geringem Risiko. Um der Verbreitung



Das **Europäische Polizeiamt** (Europol) unterstützt die EU-Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung schwerer Formen von internationaler Kriminalität und Terrorismus. Als kriminalpolizeiliche Agentur sammelt, analysiert und verbreitet Europol Informationen über kriminelle und terroristische Netze und berichtet über organisierte Kriminalität und Terrorismustrends in der EU. Ferner unterstützt Europol die Strafverfolgungsbehörden der EU-Mitgliedstaaten in operativer Hinsicht und koordiniert ihre gemeinsamen grenzüberschreitenden Ermittlungen.

Die **Europäische Polizeiakademie** (EPA) fördert die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und den Informationsaustausch, indem sie Schulungen auf EU-Ebene für das Personal der Strafverfolgungsbehörden der EU-Länder anbietet. So sorgt sie dafür, dass das Personal mit den Verfahren der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit vertraut wird und diese anzuwenden versteht.

gefälschter Waren innerhalb der EU einen Riegel vorzuschieben, wurden die Maßnahmen zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums verschärft, so dass die Mitgliedstaaten nun auch andere als strafrechtliche Sanktionen und Maßnahmen gegen Produktpiraten anwenden können.

Das Aufspüren und die Beschlagnahme von Guthaben und sonstigen Vermögensgegenständen aus Straftaten sind wirksame Mittel, um die Aktivitäten krimineller Gruppen zu behindern und kriminellen Umtrieben vorzubeugen. Mit der Verwendung der in den Haushalt zurückfließenden Mittel für soziale Zwecke und einer strengeren Strafverfolgung zur Verhütung von Straftaten ist der gesamten Gesellschaft gedient.

Terrorismusbekämpfung

Die Bedrohung durch Terrorismus macht nicht an Grenzen halt. Im europäischen Raum der Freizügigkeit müssen die Mitgliedstaaten der EU ihr Vorgehen zum Schutz der demokratischen Werte ihrer Gesellschaft und der Rechte und Freiheiten der Bürgerinnen und Bürger abstimmen. Um dies zu gewährleisten, verfolgt die **EU-Strategie zur Terrorismusbekämpfung** vier Ziele:

- Verhinderung terroristischer **Radikalisierung und Anwerbung für den Terrorismus**;
- Schutz der Bürger und **kritischer Infrastrukturen**;
- Verfolgung von Terroristen und ihre Auslieferung an Gerichte;
- **Reaktion auf terroristische Angriffe**, um deren Folgen möglichst gering zu halten.

Um Terroranschläge zu verhindern, muss der Terrorismus an der Wurzel angegangen werden. Mit anderen Worten:

Menschen müssen daran gehindert werden, sich dem Terrorismus zuzuwenden. Gleichzeitig muss vermieden werden, dass neue Terroristengenerationen entstehen. Die **EU-Strategie zur Bekämpfung von Radikalisierung und Anwerbung für den Terrorismus** umfasst gemeinsame Normen und Maßnahmen für die EU-Mitgliedstaaten zur Verhinderung dieser Phänomene. Die EU konzentriert sich auf gezielte Maßnahmen, die die internationalen, nationalen und lokalen Bemühungen zur Verhinderung der zu Terrorismus und gewaltbereitem Extremismus führenden Radikalisierung unterstützen können und einen wichtigen Rahmen für die Zusammenarbeit im Zusammenhang mit angemessenen, EU-weiten Reaktionen bilden.

Die Einbindung der Zivilgesellschaft und der Menschen, die in direktem Kontakt zu den „Personen auf der Abschlusliste“ oder gefährdeten Bevölkerungsgruppen stehen, kann eine Reihe von Instrumenten und Ressourcen zum Tragen bringen. Im Aufklärungsnetz gegen Radikalisierung wirken Fachleute mit dem Ziel zusammen, besonders bewährte Praktiken auszutauschen und Wissen und Erfahrungen zu bündeln.

Auch Maßnahmen zur Austrocknung der Terrorismusfinanzierung sind ein Kernbestandteil der EU-Strategie zur Bekämpfung des Terrorismus. Mit einer Reihe solcher Maßnahmen zielt die EU darauf ab, Terroristen den Zugang zu Finanzmitteln zu versperren und ihnen die Möglichkeit zur Begehung von Straftaten zu nehmen.

In den letzten Jahren kamen bei den meisten terroristischen Angriffen **Sprengstoffe** zum Einsatz, die häufig mit Hilfe weit verbreiteter, allgemein erhältlicher chemischer Produkte selbst hergestellt wurden. Daher arbeitet die EU daran, den Zugang zu dieser Art von chemischen Ausgangsstoffen zu erschweren und die Sicherheit von Explosivstoffen und Geräten zur Bombenherstellung zu verbessern, so dass sie von Terroristen nicht missbraucht werden können. Der **EU-Aktionsplan zur Verbesserung der Sicherheit in Bezug auf Explosivstoffe** sieht konkrete Maßnahmen zur Verhinderung und Entdeckung von Sprengstoffen sowie zur Eindämmung ihres Missbrauchs vor.

Die Gefahr terroristischer Anschläge mit chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen Stoffen (CBRN) ist

Terroristen verwenden für Angriffe häufig selbst hergestellte Sprengstoffe.



auch weiterhin hoch. Der **CBRN-Aktionsplan** der EU hat als globales Ziel die Minderung der Bedrohung und der Schäden durch CBRN-Vorfälle, die durch Unfälle, durch Naturereignisse oder vorsätzlich ausgelöst werden. Dazu sollen unter anderem die Fähigkeit zur Aufdeckung verbessert sowie die Abwehrbereitschaft und Reaktionsfähigkeit erhöht werden.

Terroranschläge können auch zu verschiedenen Krisensituationen führen, z. B. zum Ausfall kritischer Infrastrukturen wie bei Naturkatastrophen. Schäden an unverzichtbaren Infrastrukturen für die Aufrechterhaltung wichtiger gesellschaftlicher Funktionen und andere Störungen dieser Strukturen können die Sicherheit und das Wohlergehen der EU und ihrer Bürger bedrohen. Die EU verfügt über ein **Europäisches Programm für den Schutz kritischer Infrastrukturen** (EPCIP), das aus verschiedenen Maßnahmen besteht, darunter ein gemeinsames Konzept für die Beurteilung des Schutzbedarfs ausgewiesener kritischer europäischer Infrastrukturen, wobei der Schwerpunkt auf den Bereichen Energie und Verkehr liegt.

Dialog und Zusammenarbeit mit Nicht-EU-Ländern

Die EU führt im Interesse eines wirksamen Vorgehens bei gemeinsamen Sicherheitsbedrohungen und -bedenken politische Dialoge mit Nicht-EU-Ländern und internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen (UN) und arbeitet mit ihnen zusammen. Zu diesem Zweck nutzt die EU auch ihr weltweites Netzwerk von 140 Delegationen, die die Anliegen der EU und ihrer Bürgerinnen und Bürger im Ausland vertreten. Dadurch wird sichergestellt, dass mögliche Bedrohungen der inneren Sicherheit Europas an ihrem Ursprung angegangen werden, bevor sie das Gebiet der EU erreichen. Außerdem wird so gewährleistet, dass die Maßnahmen zur Verbrechens- und Terrorismusbekämpfung voll im Einklang mit der allgemeinen EU-Außenpolitik stehen und diese ergänzen.

Die EU verfügt über verschiedene Instrumente für die Zusammenarbeit mit Nicht-EU-Ländern im Bereich der Sicherheit. Hierbei handelt es sich um politische Instrumente (bilaterale und regionale politische Dialoge sowie Aktionspläne und Sicherheitsstrategien, wie für die Sahelregion oder das Horn von Afrika), Rechtsvorschriften (z. B. internationale Übereinkommen auf dem Gebiet Terrorismus, Drogenhandel, organisierte Kriminalität und Korruption), zivile Einsätze in Ländern außerhalb der EU im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie finanzielle Unterstützung und Aufbau von Kapazitäten im Rahmen der EU-Instrumente für auswärtige Zusammenarbeit (Instrument für Heranführungshilfe, Europäisches Nachbarschaftsinstrument, Instrument für Entwicklungszusammenarbeit, Europäischer Entwicklungsfonds, Instrument für Stabilität).

Die Verhinderung und Bekämpfung illegaler Migration und die Unterbindung des Menschenhandels sind auch einer der vorrangigen Programmpunkte des **Gesamtansatzes für Migration** und Mobilität (GAMM) der EU, der den übergreifenden Rahmen für die Migrations- und Asylpolitik bildet (Näheres dazu in der Broschüre „Migration und Asyl“).

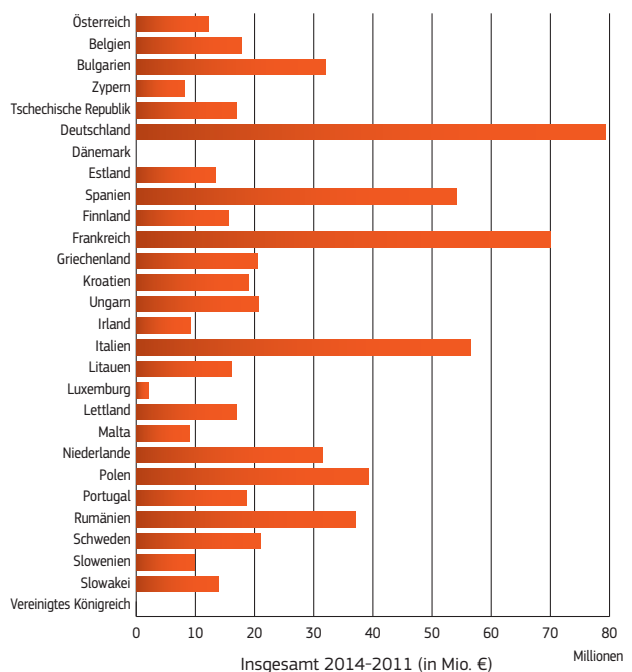
EU-Finanzmittel zur Unterstützung des Kampfes gegen Kriminalität und Terrorismus

Von 2007 bis 2013 hat das Rahmenprogramm „Sicherheit und Schutz der Freiheitsrechte“ die grenzüberschreitende europäische Zusammenarbeit bei der Verhütung und Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus unterstützt. Dies geschah über die spezifischen Programme **„Kriminalitätsprävention und Kriminalitätsbekämpfung“**, das 600 Mio. € für Maßnahmen mit Schwerpunkt auf Kriminalitätsverhütung, Strafverfolgung und operativer Zusammenarbeit bereitstellte, und **„Prävention, Abwehrbereitschaft und Folgenbewältigung im Zusammenhang mit Terrorakten und anderen Sicherheitsrisiken“**, das 140 Mio. € zum Schutz kritischer Infrastrukturen und zur Krisenbewältigung beitrug.

Um weiterhin ein hohes Maß an Sicherheit in der EU zu gewährleisten, wird der **Fonds für die innere Sicherheit** (Instrument für polizeiliche Zusammenarbeit, Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung sowie Krisenmanagement) im Zeitraum 2014-2020 etwas mehr als 1 Mrd. € für die Finanzierung von Maßnahmen bereitstellen, in deren Mittelpunkt die Bekämpfung grenzüberschreitender, schwerer und organisierter Kriminalität einschließlich des Terrorismus sowie eine bessere Koordinierung und Zusammenarbeit zwischen den Strafverfolgungsbehörden und anderen nationalen Behörden der EU-Mitgliedstaaten stehen. Der Fonds wird auch zur Stärkung der Fähigkeit der EU-Länder und der Union zum wirksamen Umgang mit Sicherheitsrisiken und Krisen und zum Schutz von Personen und kritischen Infrastrukturen gegen Terroranschläge und andere sicherheitsrelevante Vorfälle beitragen.

Das EU-Programm für Sicherheitsforschung unterstützt auch die Entwicklung neuer und innovativer Lösungen für den Kampf gegen Kriminalität und Terrorismus. Im Rahmen des

FONDS FÜR DIE INNERE SICHERHEIT – POLIZEI



Anmerkung: Dänemark und das Vereinigte Königreich beteiligen sich nicht an diesem Programm.
Quelle: Europäische Kommission.

übergeordneten Ziels, die Sicherheit der Bürger zu erhöhen, gilt das Programm Aspekten wie Sicherheit in den Städten, Forensik, Schutz vor chemischen, biologischen, radiologischen, nuklearen und explosiven Stoffen (CBRNE-Schutz), nachrichtendienstliche Bekämpfung des Terrorismus und

Strafverfolgungstechnologien. Ein gutes Beispiel ist das Projekt EDEN, das den gesamten CBRNE-Zyklus (Prävention, Vorsorge, Abwehr und Folgenbewältigung) abdeckt. Ziel ist die Entwicklung und die Gewährleistung der Widerstandskraft der EU.

Ausblick

Die Einrichtung des Schengen-Raums – eines weiten Gebiets der Freizügigkeit, das den größten Teil Europas umfasst – ist eine der bemerkenswertesten und konkretesten Errungenschaften der EU. Diese Entwicklung führte zu einer bislang beispiellosen Zunahme der Mobilität der europäischen Bürgerinnen und Bürger sowie der Staatsangehörigen von Nicht-EU-Ländern, die nun Reisefreiheit in diesem gemeinsamen Raum genießen. Der Schengen-Raum ist auch ein wichtiger Faktor für Wachstum und Wohlstand in den EU-Ländern. Die jüngsten und künftigen Erweiterungen des Schengen-Raums bedeuten eine weitere Stärkung der Freizügigkeit. Die EU wird die legale Einreise in das Gebiet ihrer Mitgliedstaaten weiterhin erleichtern, gleichzeitig aber Maßnahmen treffen, um die Sicherheit ihrer Außengrenzen weiterhin zu gewährleisten. Zu diesem Zweck wird sie ein System entwickeln, bei dem die europäische Grenzschutzagentur FRONTEX Ressourcen aus allen EU-Ländern bündeln kann, um rasch einsetzbare europäische Grenzschutzteams aufzubauen.

Grenzüberschreitende Kriminalität und Terrorismus bilden nach wie vor eine Bedrohung der inneren Sicherheit der Union und erfordern deshalb eine entschlossene und umfassende Reaktion. Die Maßnahmen der EU bewirken eine engere Zusammenarbeit zwischen den Strafverfolgungsbehörden der

Mitgliedstaaten, insbesondere zur Bekämpfung von Menschenhandel, Schmuggel, Cyberkriminalität und Korruption. Um dem Terrorismus und der Radikalisierung entgegenzuwirken, wird die EU Maßnahmen festlegen, die konkret etwa ausländische Kämpfer betreffen. Europäische Bürgerinnen und Bürger, die ins Ausland reisen, um sich terroristischen Organisationen anzuschließen, sind nach ihrer Rückkehr eine äußerst ernsthafte Bedrohung der inneren Sicherheit der EU, und zwar sowohl in Bezug auf Radikalisierung und Anwerbung als auch hinsichtlich ihrer Fähigkeit, terroristische Anschläge zu verüben. Die EU arbeitet auch an der Schaffung eines Systems zur Verarbeitung von Fluggastdatensätzen (PNR-Daten). Das sind von einem Luftfahrtunternehmen im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit erhobene Informationen, wie etwa das Buchungsverfahren und die vollständige Reiseroute. Diese Daten sind für die Bekämpfung der schweren Kriminalität und des Terrorismus von zentraler Bedeutung. Durch die Verarbeitung von PNR-Daten lassen sich beispielsweise die Bewegungen ausländischer Kämpfer aufdecken, die die EU auf dem Luftweg verlassen oder so dorthin zurückkehren. Ein unionsweiter kohärenter Ansatz gewährleistet auch ein angemessenes und übereinstimmendes Maß an Datenschutz bei der Verarbeitung von PNR-Daten in der EU.

Mehr zum Thema

- ▶ **Generaldirektion Inneres der Europäischen Kommission:** <http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs>
- ▶ **Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union:** <http://frontex.europa.eu>
- ▶ **Europäische Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen:** <http://www.eulisa.europa.eu>
- ▶ **EU gegen Menschenhandel:** <http://ec.europa.eu/anti-trafficking>
- ▶ **Europäische Drogenbeobachtungsstelle:** <http://emcdda.europa.eu>
- ▶ **Europäisches Polizeiamt:** <https://www.europol.europa.eu>
- ▶ **Europäische Polizeiakademie:** <http://www.cepol.europa.eu>
- ▶ **Fragen zur Europäischen Union?**
Europe Direct hilft Ihnen weiter: 00 800 6 7 8 9 10 11 – <http://europedirect.europa.eu>

